

Einladung

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 19.09.2005, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 08.09.2005

1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.11.2004
- TOP 4 Bericht über die Tourist-Information 2004
Vorlage: 2005/192
- TOP 5 Aktivitäten Einzelhandel Oldenburger Straße und Umgebung
Vorlage: 2005/193
- TOP 6 Haushalt 2003 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2005/037
- TOP 7 Haushaltskonsolidierungskonzept 2003
Vorlage: 2005/181
- TOP 8 Haushalt 2005 - Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 2005/182
- TOP 9 Haushalt 2005 - aktueller Bericht
Vorlage: 2005/185

**TOP 10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006
Vorlage: 2005/186**

TOP 11 Anfragen und Hinweise

TOP 12 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

**gez. Decker
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/192

freigegeben am 06.09.2005

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 06.09.2005

Bericht über die Tourist-Information 2004

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.09.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	27.09.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Tourist-Information für das Haushaltsjahr 2004 wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Wie auch in den voran gegangenen Jahren wird mit dem als Anlage 1 beigefügten Bericht über die Tätigkeiten der Tourist-Information 2004 ein Überblick über die gemeindlicherseits finanzierten touristischen Aktivitäten gegeben.

Dabei handelt es sich um den letzten Bericht der Tourist-Information, so wie er auch für die Vorjahre erstellt wurde, da bekanntlich mit Wirkung zum 31.12.2004 die Arbeiten auf die Residenzort Rastede GmbH übergegangen sind.

Aus dem beigefügten Bericht lässt sich erkennen, dass die nach wie vor uneingeschränkt als Erfolgssparameter geltenden Übernachtungszahlen in Rastede unverändert auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden konnten.

Berücksichtigt man die allgemeine Entwicklung innerhalb des Fremdenverkehrsgewerbes, verbunden mit dem gleichzeitigen Drang vieler Kommunen, sich an der Wertschöpfung des Fremdenverkehrs zu beteiligen, muss diese Entwicklung als umso erfreulicher betrachtet werden. Diese Entwicklung lässt sich auch für weitere Teilaspekte des touristischen Lebens beobachten, so insbesondere für die Entwicklung der Gästeführungen und Fahrten.

Die bereits 1990 als ausdrückliches zweites Standbein der wirtschaftlichen Aktivitäten gestellte Aufgabe des Fremdenverkehrs erfüllt nach wie vor deshalb eine ökonomisch wichtigen Beitrag für die Wirtschaftsentwicklung der Gemeinde Rastede.

In Fortsetzung der bereits zu früheren Berichten verwendeten allgemeinen Berechnungsverfahren (vgl. Vorlage 2003/221) wurde wiederum ein Umsatz in der Gemeinde Rastede von jährlich über 7 Mio. Euro im Fremdenverkehrs- und Gaststättengewerbe erzielt, was einhergeht mit rund 150 direkten und 150 indirekten Arbeitsplätzen, letztere für Zulieferleistungen.

Immer wieder ist dabei voraus zu stellen, dass der finanzielle Beitrag der Gemeinde Rastede zur Unterstützung dieser einschlägigen Richtung ein im Verhältnis zu sämtlichen Umlandgemeinden ausgesprochen niedriges Niveau aufweist.

Für weitere Rückfragen wird im Rahmen der Sitzung insbesondere Herr Kalbfleisch von der Residenzort Rastede GmbH zur Verfügung stehen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Bericht der Tourist – Info 2004

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2005/193**

freigegeben am 06.09.2005

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 06.09.2005**Aktivitäten Einzelhandel Oldenburger Straße und Umgebung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	19.09.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	27.09.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Aufgrund der sich auch in Rastede ausweitenden Leerstandsproblematik (vgl. Vorlage-Nr.: 2004/331 Einzelhandelssituation Rastede - Ortskern) wurde auf Initiative der Gemeinde Rastede und der Residenzort Rastede GmbH am 08.06.2005 eine Informationsveranstaltung im Hof von Oldenburg durchgeführt.

Die insgesamt sehr positiv aufgenommene Veranstaltung führte dazu, dass sich Vertreter des örtlichen Handels, der Eigentümer und der Banken in zwischenzeitlich zwei Gesprächen am 30.06.2005 und 01.09.2005 versammelt haben, um das weitere Fortgehen in dieser Angelegenheit zu besprechen.

Hierbei ist folgendes festzustellen:

1. Die Aktivitäten der Gemeinde Rastede und der Residenzort Rastede GmbH werden uneingeschränkt begrüßt. Insbesondere der Einzelhandel sieht sich auch aufgrund seiner derzeitigen Organisationsstruktur nicht in der Lage, die offensichtlich bestehenden Probleme eigenverantwortlich aufzunehmen und zu lösen.
2. Es besteht von Seiten aller Beteiligten große Übereinstimmung darin, dass neben den privaten Interessen auch Defizite im Bereich der öffentlichen Hand, also der Gemeinde, bestehen. Dies stellt sich allerdings nicht so sehr in finanziell aufwändigen Missständen dar; vielmehr ist man der Auffassung, dass größtenteils mit durchaus geringerem finanziellen Aufwand sichtbare Verbesserungen möglich wären (Beetpflege, Zustand der öffentlichen Anlagen, Zustand der öffentlichen Einrichtungen an Straßen und ähnliches).

3. Von Seiten der Grundstückseigentümer / Betreiber / Geschäftsinhaber wird eine aktive Begleitung und Umsetzung von Maßnahmen jederzeit zugesichert. Dabei werden die Gestaltungsmöglichkeiten durchaus als vielfältig betrachtet. Als erste Maßnahme der Kaufmannschaft selber ist vorgesehen, eine intensive Kundenbefragung auf dem Ellernfest vorzunehmen, insbesondere um die Herkunft der Kunden und möglicherweise auch deren Bedürfnisse beim Einkaufen festzustellen.
4. Die von den Mitgliedern des runden Tisches wage vorgestellten Überlegungen sollen in einer gemeinsamen Begehung der Straße konkretisiert werden. Dies wird aber erst nach dieser Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Fall sein.
5. Es besteht Übereinstimmung darin, dass das Geschäftsleben weiter zu fassen ist als die Oldenburger Straße und selbstverständlich auch die anderen Ortsteile mit umfassen muss.

Weitere Ausführungen hierzu werden ggf. im Rahmen der Sitzung. Aufgrund der zu einem späteren Zeitpunkt vorliegenden konkreten Handlungsempfehlungen werden dann auch Überlegungen zu treffen sein, inwieweit eine Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für das Haushaltsjahr 2006 erfolgen sollte.

Finanzielle Auswirkungen:

Zur Zeit noch keine.

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/037

freigegeben am 10.08.2005

GB 1

Sachbearbeiter/in: Michael Hollmeyer

Datum: 11.08.2005

Haushalt 2003 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.09.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	27.09.2005	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2005	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 wird mit einem Ergebnis in der Einnahme und in der Ausgabe i. H. v. jeweils **33.783.883,45 Euro** beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2003 Entlastung erteilt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 100 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) stellt der Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung fest. Die Jahresrechnung wird zusammen mit dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Jahresrechnung 2003 und der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Prüfungsbericht dem Rat vorgelegt. Der Rat beschließt gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 NGO über die Jahresrechnung und entscheidet zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters. Die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung 2003 können dem als Anlage beigefügten Rechenschaftsbericht entnommen werden.

Die Jahresrechnung ist nebst Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland zur Prüfung vorgelegt worden. Die einzelnen Prüfbemerkungen sind dem anliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 zu entnehmen. Auch die verwaltungsseitige Stellungnahme zum Prüfbericht ist als Anlage beigefügt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich hinsichtlich der Prüfung der Jahresrechnung 2003 keine Anhaltspunkte ergeben haben, die der vorgeschlagenen Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie der Entlastung des Bürgermeisters als Hauptverwaltungsbeamten durch den Rat der Gemeinde Rastede gemäß § 101 Abs. 1 NGO entgegenstehen.

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Anlagen:

1. Feststellung der Jahresrechnung durch den Bürgermeister
2. Rechenschaftsbericht
3. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung
4. Stellungnahme des Bürgermeisters zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2005/181**

freigegeben am 23.08.2005

GB 1

Sachbearbeiter/in:

Datum: 23.08.2005**Haushaltskonsolidierungskonzept 2003****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.09.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	27.09.2005	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2005	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die sich aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept 2003 ergebenden Maßnahmen wurden durchgeführt.
2. Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2003 wird nicht fortgeschrieben, weil der Haushalt seit 2003 (Rechnungsergebnis) ausgeglichen ist.

Sach- und Rechtslage:

Entsprechend der sich aus § 84 NGO ergebenden Verpflichtung hat der Rat gleichzeitig mit dem Beschluss über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2003 ein Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen (Vorlage 2003/006B).

Als Arbeitsauftrag für die Verwaltung wurde aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept heraus eine Prioritätenliste entwickelt, die der Verwaltungsausschuss am 07.07.03 beschlossen hat (Vorlage 2003/143).

Einen Zwischenbericht über die Haushaltskonsolidierung hat die Verwaltung dem Verwaltungsausschuss am 30.11.04 vorgelegt (Vorlage 2004/316)

Soweit für einzelne Konsolidierungsmaßnahmen Entscheidungen der politischen Gremien erforderlich gewesen sind, wurden hierfür entsprechende Vorlagen über dem Fachausschuss dem Verwaltungsausschuss oder Rat vorgelegt. Auf eine Auflistung der einzelnen Vorlagen wird an dieser Stelle verzichtet.

Aus haushaltsrechtlicher Sicht wäre es nicht notwendig gewesen, die Haushaltskonsolidierung über das Haushaltsjahr 2003 hinaus fortzusetzen, weil schon das Rechnungsergebnis 2003 gezeigt hat, dass der Haushalt (wieder) ausgeglichen ist. Ausgeglichen waren sodann auch die Haushaltsplanungen für 2004 und 2005. Gleichwohl hat die Verwaltung die Prüfung der Punkte des Haushaltskonsolidierungskonzeptes nicht eingestellt und ggfs. positive Ergebnisse

in die Praxis umgesetzt. Es gibt noch einige Prüfungsansätze, deren Prüfung noch nicht abgeschlossen sind oder die gegenwärtig nicht weiter verfolgt werden sollen, weil der Prüfungs- und Umsetzungsaufwand nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Einsparungsergebnis steht. Es ist darauf hinzuweisen, dass Prüfungen vor allem deshalb nicht abgeschlossen worden sind, weil mit den entsprechenden Maßnahmen erhebliche Einschnitte für den Bürger verbunden wären und die Attraktivität der Gemeinde leiden würde. Dies bedeutet aber nicht, dass bei evtl. zukünftigen neuen Fehlbedarfen im Haushalt entsprechende Themen nicht wieder aufgegriffen werden müssen.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass alle erkennbaren und z.Zt. vertretbaren strukturellen Veränderungen mit Einspareffekten umgesetzt wurden. Die Herstellung des Haushaltsausgleichs ist aber nicht allein auf solche Maßnahmen zurückzuführen; ein großer Anteil an Einsparungen geht auf „Sparen“ und „Einschränken“ zurück. Dies sind auch die herausragenden Gründe, warum die Haushaltsplanungen 2004 und 2005 dem Rat ausgeglichen vorgelegt werden konnten. Sollte sich nicht grundlegend die Einnahmesituation verbessern, bleibt die Gefahr des Fehlbedarfes, weil den Einsparungen im Hinblick auf die Substanzerhaltung Grenzen gesetzt sind.

Der Fehlbedarf der Haushaltsplanung 2003 löste die Pflicht zur Aufstellung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes aus. Die sich aus dem Konzept ergebenden umfassenden Prüfungsaufträge und die Ergebnisse daraus wurden entsprechend ihrer heutigen Notwendigkeit umgesetzt. Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2003 hat sich damit erledigt.

In der nachfolgenden Aufstellung sind die Themen budgetweise dargestellt, die Gegenstand von Konsolidierungsprüfungen gewesen sind:

Budget	Bezeichnung	Maßnahme	Ziel / Effekt	Stand der Prüfung in der Verwaltung	Ergebnis der Prüfung
1102	Feuerwehr	Ausweitung der Eigenleistungen der Feuerwehr	Verringerung der Ausgaben bei lfd. Unterhaltung	abgeschlossen	Von den Feuerwehreinheiten werden bereits Eigenleistungen in größerem Umfang ausgeführt (z.B. Wartung der Ölabscheider). Abstimmungen wegen zusätzlicher Übernahme von Aufgaben werden mit der Feuerwehr werden laufend durchgeführt
1102	Feuerwehr	Überprüfung Neuordnung Feuerwehrbezirke	Veränderung der baulichen Unterhaltung oder der Ausstattung	abgeschlossen	Die Maßnahme ist auf den baulichen Teil bezogen nur durchführbar, wenn ein Standort aufgegeben wird. Dies würde Strukturen in der Feuerwehr aktuell beeinträchtigen und zur Demotivation beitragen. Bei Fahrzeugbeschaffungen wird eine gemeindeweite Beurteilung der Notwendigkeit vorgenommen. Eine Neuordnung der Feuerwehrbezirke ist derzeit nicht sinnvoll.
1103	Standesamt	Neufestsetzung der Gebühren für Trauungen im Palais	Höhere Gebühreneinnahmen für den Unterabschnitt Standesamt insgesamt	abgeschlossen	Änderung der Gebührensätze wird nicht angestrebt, da nur geringfügige Auswirkungen zu erwarten sind.
2101	Schulen	Prüfung des Schulvertrages mit der Stadt Oldenburg	Möglichst Aufgabe der schulvertraglichen Verpflichtung, ggf. Reduzierung	abgeschlossen	Schulvertrag mit der Stadt Oldenburg wurde zum Schuljahr 2004/2005 gekündigt

2303	Gymnasium	Rückübertragung der Schulträgerschaft auf den Landkreis Ammerland	Entlastung des Gemeindehaushaltes	abgeschlossen	Bei einer Rückübertragung bleibt die Aufgabe erhalten und es ist von keiner Senkung des Kostenrahmens auszugehen. Die Kostenumlegung erfolgt dann ohne Mitspracherecht der Gemeinde über die Kreisumlage. Von einer Rückübertragung wird abgesehen.
2402	Jugendtreff Villa Hartmann	Rückübertragung der Aufgabe Jugendhilfe auf den Landkreis Ammerland; Kündigung des Vertrages	Reduzierung der laufenden Kosten im Gemeindehaushalt	abgeschlossen	Aufgabe wird in reduziertem Umfang fortgeführt (sh. Vorlage 2003/131).
2402	Jugendtreff Villa Hartmann	Reduzierung der Leistungen der Jugendarbeit	Entlastung des Gemeindehaushaltes	abgeschlossen	Aufgabe wird in reduziertem Umfang fortgeführt (sh. Vorlage 2003/131).
3000	Agenda-Preis	Verzicht auf den Agenda-Preis	Verzicht auf freiwillige Ausgaben	bis auf weiteres abgeschlossen	Agenda-Preis ist ausgesetzt (Kultur-/SportA 1.10.2003).
3101	Palais	Kündigung des Vertrages mit dem Kunst- und Kulturkreis	Entlastung des Gemeindehaushaltes und Reduzierung der Funktion des Palais auf Grundunterhaltung	abgeschlossen	Vertrag bleibt unverändert bestehen (VA 17.6.2003).
3102	Archiv	Prüfung des Umfangs der Archivarbeit	Aufgabenverlagerung soweit möglich auf andere Einrichtungen bei gleicher Kostenbelastung und wirtschaftlichere Gestaltung des eigenen Arbeitsablaufes	abgeschlossen	Da die Aufgabe ehrenamtlich wahrgenommen wird, lassen sich keine wesentlichen Ausgabeverringerungen durchführen. Bei Aufgabe des derzeitigen Gebäudes müssten andere Räumlichkeiten hergerichtet werden. Hierdurch würden, mindestens einmalig, höhere Aufwendungen als bisher veranschlagt entstehen. Fortführung des Prüfungsauftrags macht keine Sinn aus Sicht der Konsolidierung.
3200	Bücherei	Schließung der Bücherei	Wegfall der Grundkosten	abgeschlossen	Betrieb fortsetzen (VA 16.3.2004).
3200	Bücherei	Reduzierung des Leistungsumfangs	Verringerung der Fixkosten	abgeschlossen	Betrieb fortsetzen (VA 16.3.2004).
3300	Ausstellungen und Veranstaltungen	Prüfung, ob und inwieweit neben der Bezuschussung des Palaisgebäudes auch Zuschüsse einzelner Veranstaltungen gezahlt werden sollten.		abgeschlossen	Die Haushaltssituation des KKR hinsichtlich der künftigen Finanzierung des Palais wird im 3. Quartal in den Fachausschüssen zu beraten sein. Eine weitere Reduzierung der Bezuschussung von Ausstellungen und Veranstaltungen würde zum völligen Erliegen der kulturellen Förderung, insbesondere künstlerischer Aktivitäten führen. Im Rahmen der Marketingbemühungen der Gemeinde Rastede sollte deshalb von weiteren Einsparungen in diesem Bereich abgesehen werden

3300	Heimatspflege	Prüfung der Zuschusspraxis	Verringerung der Zuschussgewährung an Vereine und Institutionen	abgeschlossen	Eine Stärkung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagement ist ein Hauptanliegen der gemeindlichen Politik. Die Förderung erfolgt über Pauschalen bzw. im Vermögenshaushalt auf Einzelantrag. Eine weitere Entlastung für den Gemeindehaushalt ist nicht realisierbar. Weitere Kürzungen könnten zum einschlafen des ehrenamtlichen Engagements und somit zu höheren Kosten für die Gemeinde Rastede führen
3300	Heimatspflege	Aufgabe des Kulturpreises	Aufgabe freiwilliger Leistungen	bis auf weiteres abgeschlossen	Kultur-Preis ist ausgesetzt
3300	Heimatspflege	Abgabe/Verkauf der Dorfgemeinschaftshäuser	Übertragung der Dorfgemeinschaftshäuser in den Verantwortungsbereich der Dorfgemeinschaften	bis auf weiteres abgeschlossen	In den Dorfgemeinschaftshäusern finden überwiegend nur nicht kommerzielle Veranstaltungen verschiedenster Nutzer statt. Auch nach einer Übertragung müssten die Bewirtschaftungskosten als Zuschuss zur Verfügung gestellt werden
3300	Heimatspflege	Aufgabe und Unterhaltung des Betriebes Mühlenhof	Aufgabe der Unterhaltungsverpflichtungen	abgeschlossen	Die Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstück und Gebäude wurde bereits an den Heimatverein übertragen (Vorlage 2001/330). Keine weitere Entlastung für den Haushalt mehr erreichbar.
	Kreismusikschule	Verringerung des Zuschussbetrages an die Musikschule	Verringerung der freiwilligen Ausgaben	Der Gesprächsgegenstand wurde bereits in der Mitgliederversammlung thematisiert.	Letzte politische Beratung erfolgte im VA am 18.01.2005 (Vorlage 2004/365 A). Ergebnisse: Gemeinde Rastede bleibt zunächst Mitglied; Musikschule stellt Kostenreduktion um insgesamt ca. 55.000 € in Aussicht; Vorschlag zur Änderung der Organisationsform; Defizitentwicklung ist zu beobachten. Kurzfristig sind keine weiteren Ergebnisse bzw. Entlastungen für den Haushalt zu erwarten
4101	Allgemeine Sozialverwaltung	Überprüfung der Zuschusspraxis gegenüber Seniorenbeirat, Alra und Deutsch-Ausländischer Freundschaftsverein		abgeschlossen	Zuschussgewährung in bisheriger Höhe

4501 - 4507	Kommunale Kindergärten	Rückübertragung der Aufgabe Kindergärten auf den Landkreis	Entlastung des Verwaltungshaushaltes	abgeschlossen	Bei einer Rückübertragung bleibt die Aufgabe erhalten und es ist von keiner Senkung des Kostenrahmens auszugehen. Die Kostenumlegung erfolgt dann ohne Mitspracherecht der Gemeinde über die Kreisumlage. Von einer Rückübertragung wird abgesehen.
4501 - 4507	Kommunale Kindergärten	Wegfall der Gewährung von Fahrtkostenzuschüssen	Entlastung des Haushaltes von freiwilligen Ausgaben	abgeschlossen	Wegfall der Fahrtkostenzuschüsse
4600	Renten	Einstellung der Rentenberatung	Entlastung des Gemeindehaushaltes von freiwilligen Ausgaben	abgeschlossen	Einstellung der Rentenberatung zum 1.1.2003
4900	Sonstige Sozialleistungen	Überprüfung der Beteiligungsnotwendigkeit am Kreiskrankenhaus	Verringerung bzw. Nichtzahlung weiterer Zuschüsse	Prüfung abgeschlossen	Die Finanzierung für den dritten Bauabschnitt ist 2006 abgeschlossen.
5101 - 5103	Bäder	Schließung der Bäder, Reduzierung des Angebotes	Verringerung der Zuschussleistung für freiwillige Einrichtung	abgeschlossen	das Angebot wird weiterhin uneingeschränkt vorgehalten (Kultur-/SportA 01.10.2003)
5200	Sportplätze	Erhebung einer Benutzungsgebühr	Einnahmenerzielung für die Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung	Prüfung abgeschlossen	Für den Rennplatz hat der Rat am 27.04.2004 eine Nutzungsordnung und Entgeltrichtlinie beschlossen, die zum 01.01.2005 in Kraft getreten ist (Vorlage Nr. 2004/031 A). Zudem wurde das Rennplatzgelände ab dem 1.5.2005 ganzjährig der Residenzort Rastede GmbH zur Nutzung überlassen (Vorlage Nr. 2005/090) und die Bezuschussung von Veranstaltungen auf dem Rennplatzgelände ab dem 1.5.2005 neu geregelt (Vorlage Nr. 2005/078). Steuerrechtlich ist eine Umsetzung wegen der überwiegenden Nutzung durch Schulen bei den übrigen Sportplätzen nicht möglich
5200	Sportplätze	Privatisierung der Unterhaltung und des Betriebes von Sportplätzen	Abgabe freiwilliger Einrichtungen an die Benutzer	abgeschlossen	Das Rennplatzgelände wurde ab dem 1.5.2005 ganzjährig der Residenzort Rastede GmbH zur Nutzung überlassen (Vorlage Nr. 2005/090) Aufgrund der Doppelnutzung durch Schulen und Sportvereine ist eine Übertragung bei den übrigen Sportplätzen nicht sinnvoll. Eine weitere Entlastung für den Gemeindehaushalt steht nicht zu erwarten
5200	Sportplätze	Überprüfung des Bedarfs an Sportplätzen	Verzicht auf die Schaffung weiterer kostenintensiver Sportplätze	wird noch geprüft	--

5200	Sportplätze	Überprüfung der Pflegeintensität der Sportplätze	Verminderung des Unterhaltungsaufwands	wird derzeit noch geprüft	Entwurf Pflegeplan liegt bereits vor und ein Leistungsverzeichnis wurde erstellt. Der Bauhof erstellt z.Zt. ein Angebot
5306	Sporthallen	Einführung einer Sporthallenbenutzungsgebühr	Einnahmeerzielung für die Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung	Prüfung abgeschlossen	Zwischenergebnis: steuerrechtliche Prüfung abgeschlossen; Umsetzung nicht möglich, da überwiegend Nutzung durch Schulen
5400	Sportförderung	Prüfung der Zuschusspraxis	Verminderung freiwilliger Ausgaben	abgeschlossen	Eine Stärkung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagement u.a. in den Sportvereinen ist ein Hauptanliegen der gemeindlichen Politik. Die Förderung erfolgt weitestgehend über pro Kopf-Pauschalen bzw. im Vermögenshaushalt auf Einzelantrag. Eine weitere Entlastung für den Gemeindehaushalt steht nicht zu erwarten, lediglich eine Verschiebung unter den Vereinen
6101	Straßen	Aufstellung eines Straßenausbauprogramms	Dauerhaft regelmäßige Ausgabenhöhe für Straßenunterhaltungsmaßnahmen	teilweise abgeschlossen. Sanierungskonzept für Innerortsstraßen noch in Vorbereitung	Das Sanierungskonzept für Außerortsstraßen ist beschlossen.
6101	Straßen	Konstanz der laufenden Straßenunterhaltung	Erzielung einer gleichbleibenden Höhe für Straßenunterhaltung	Prüfung abgeschlossen	Die überschlägige Überprüfung hat ergeben, dass der Unterhaltungsbedarf von Straßen vom Ausbauzustand und von der Witterung stark beeinflusst wird. Eine Abschätzung des Unterhaltungsbedarfs ist verlässlich nicht möglich.
6101	Straßen	Aufstellung eines Standardkatalogs	Verringerung der Unterhaltungskosten	Prüfung abgeschlossen	Aufstellung eines gesonderten Standardkataloges nicht sinnvoll
6101	Straßen	Gründung eines Zweckverbandes mit anderen Kommunen	Nutzung von Synergieeffekten und dadurch Verringerung des Unterhaltungsaufwands	wird noch geprüft	Der angebliche Zweckverband in Ostfriesland existiert nicht. Eher scheint eine Maschinenkooperation mit Nachbargemeinden sinnvoll.
6101	Straßen	Anhebung der Straßenausbaubeitragssatzung	Höherer Finanzierungsanteil von Anliegern	Prüfung abgeschlossen	Erlass einer neuen Satzung. Höherer Finanzierungsanteil der Bürger ergibt sich durch die Rechtsprechung
6101	Straßen	Einrichtung von Patenschaften für Grünflächen	Senkung der Unterhaltungskosten	Prüfung abgeschlossen	Umsetzung wird laufend beachtet
6203	Kinderspielplätze	Einrichtung von Patenschaften für Kinderspielplätze	Senkung der Unterhaltungskosten	wird noch geprüft	Zur Zeit findet eine Überprüfung der Notwendigkeit von Spielplätzen statt.
6700	Straßenbeleuchtung	Reduzierung der Beleuchtungszeiten	Einsparung von Energiekosten	Prüfung abgeschlossen	Reduzierung der Beleuchtungszeiten
7100	Abwasserbeseitigung	Verkauf der Abwasseranlage	Abgabe der Aufgabe - dadurch Entlastung bei Ausgaben	Prüfung abgeschlossen	kein Verkauf, weil unwirtschaftlich

7200	Regenwasser	Verkauf der öffentlichen Einrichtung	Entlastung der öffentlichen Aufgabe	Prüfung abgeschlossen	kein Verkauf, weil unwirtschaftlich
7200	Regenwasser	Einführung einer Oberflächenentwässerungsgebühr	Finanzierung der Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung	Prüfung zurückgestellt	siehe Beratung zu Vorlage Nr. 2003 / 052 + A + B
7200	Regenwasser	Konstanz der laufenden Unterhaltung	Erzielung einer gleich bleibenden Höhe für Unterhaltung	wird laufend geprüft	über die Höhe des laufenden Ansatzes wird im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden
8100	Personal	Personalbemessung und ggf. Reduzierung		wird kontinuierlich geprüft	Spezielle Überprüfungsmaßnahmen: Bäder, Reinigungspersonal, Schulhausmeister, Meldeamt, allgemeine Ordnung und Sportverw.
8200	Finanzen	Weiterer Ausbau von Kostenrechnungen und Berichtswesen	Höhere Einnahmen durch Berücksichtigung des tatsächlichen Aufwands	Vorhandene Kostenrechnungen wurden überprüft; Bereich Kindertagesstätten befindet sich im Aufbau	--
8400	Planung	Einbeziehung der Planungskosten in den Gesamtaufwand			wird bereits laufend berücksichtigt
8500	Liegenschaften	Kündigung von Miet- und Pachtverträgen	Verringerung von Ausgaben	abgeschlossen	Nicht erforderliche Miet- und Pachtverträge werden aufgegeben
8500	Liegenschaften	Verkauf von Baugrundstücken zum vollen Wert	Erhöhung der Einnahme		wird bereits laufend berücksichtigt
8500	Liegenschaften	Verkauf von Erbbaugrundstücken	Erzielung von Einnahmen	abgeschlossen	Umsetzung erfolgte in einer Sonderaktion und darüber hinaus laufend
8500	Liegenschaften	Erwerbswirtschaftlicher Handel mit Grundstücken	Erhöhung der Einnahme	wird derzeit noch geprüft	--
8500	Liegenschaften	Prüfung der Verpachtung nicht genutzter gewerblicher Bauflächen	Verringerung der Bewirtschaftungskosten	abgeschlossen	Maßnahme wird fortlaufend umgesetzt
8500	Liegenschaften	Überprüfung der Abgabe von Vermietungsangelegenheiten		wird derzeit abschließend geprüft	Eine erste Ermittlung ergibt keinen wirtschaftlichen Vorteil für die Gemeinde
8700	Kommunalmarketing	Einrichtung einer Kommunalmarketing GmbH	Verringerung des Zuschussbedarfs für einzelne Ausgaben der Gemeinde für Kommunalmarketingzwecke	Prüfung ist abgeschlossen	Einrichtung einer Kommunalmarketing GmbH ist erfolgt
8700	Kommunalmarketing	Wegfall der Zuschüsse für den Schmutzwasserbereich	Verringerung von freiwilligen Ausgaben	Prüfung ist abgeschlossen	Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinde hinsichtlich der Ansiedelung von Gewerbebetrieben kann auf die Zuschussgewährung nicht verzichtet werden.
8700	Kommunalmarketing	Prüfung der Einrichtung von Bauträgergesellschaften/Entwicklungsgesellschaften	Verbesserung der Finanzierungssituation im Grundstücksbereich	Prüfung ist abgeschlossen	keine Einrichtung von Bauträgergesellschaften bzw. Entwicklungsgesellschaften
8700	Kommunalmarketing	Vermarktung öffentlicher Flächen		Prüfung abgeschlossen	Umsetzung erfolgt im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Kommunalmarketing GmbH

8700	Kommunalmarketing	Reduzierung Tourismus	Verringerung der freiwilligen Ausgaben	Prüfung ist abgeschlossen	Verringerung der Ausgaben durch Rückgabe der Aufgaben an die einzelnen Leistungsträger bzw. durch Bündelung verschiedener Aufgabenbereiche in der Kommunalmarketing GmbH
8800	Organisation	Prüfung der Abgabe der EDV-Betreuung		Prüfung abgeschlossen	eine Kostenersparnis kann durch die Maßnahme nicht erzielt werden
8900	Frauenbeauftragte	Freisetzung der Frauenbeauftragten	Verringerung der freiwilligen Ausgaben	Prüfung abgeschlossen	Abberufung der Frauenbeauftragten

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/182

freigegeben am 23.08.2005

GB 1

Sachbearbeiter/in: Berger, Moritz

Datum: 23.08.2005

Haushalt 2005 - Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.09.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	27.09.2005	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2005	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zu.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die seit der letzten Ratsinformation bis zum 11.08.2005 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Haushaltstellen im Haushaltsjahr (Minderausgaben / Mehreinnahmen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine -

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 5.000,00 Euro.

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2005/185

freigegeben am 25.08.2005

GB 1

Sachbearbeiter/in:

Datum: 25.08.2005

Haushalt 2005 - aktueller Bericht

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.09.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	27.09.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Mit der Vorlage 2005/160 wurde dem Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 05.07.05 ein Bericht über den Stand der Ausführung des Haushaltes 2005 gegeben. Es wurde darauf hingewiesen, dass für die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 19.09.05 der aktuelle Stand zahlenmäßig aufbereitet wird und für die noch erforderlich werdenden Mehrausgaben eine Genehmigung der entsprechenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben herbeigeführt werden soll.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben:

Im Haushaltsjahr 2004 sind 210 über- und außerplanmäßige Ausgaben angefallen. Zusätzlich mussten innerhalb der Teil- und Anteilbudgets 334 Mittelverschiebungen (technisch gesehen genauso zu behandeln, wie über- und außerplanmäßige Ausgaben) vorgenommen werden. Dies ist eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Für 2005 zeichnet sich ab, dass mindestens dieselbe Fallzahl erreicht wird. Dies ist das Ergebnis sehr knapper Mittelveranschlagungen.

Gleichwohl noch mit einer sehr hohen Zahl von über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie Mittelverschiebungen im Rahmen von Teil- und Anteilbudgets gerechnet werden muss, sind im Einzelfall keine so bedeutenden und gravierenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben erkennbar, dass sie an dieser Stelle vorgetragen und zur Entscheidung gebracht werden müssten.

Stand der Ausführung des Haushaltsplanes 2005:

Der Stand der Ausführung des Haushaltsplanes 2005 lässt sich überwiegend nur statistisch betrachten, weil ein qualitatives Berichtswesen unter Berücksichtigung von Kennzahlen nicht vorhanden ist. Die nachfolgenden Daten betrachten wichtige Einnahme- und Ausgabearten. Ihnen ist zu entnehmen, das von einer weitgehend vollständigen Erfüllung des Haushaltsplanes auszugehen ist, unabhängig davon, ob die Einnahmen und Ausgaben „steuerbar“ sind (z.B. Unterhaltungsarbeiten) oder nicht (z.B. vertragsgebundene Ausgaben).

Im Bereich Vermögenshaushalt gehen den Ausgaben regelmäßig politische Beratungen und Beschlüsse hinsichtlich Auftragsvergaben voraus. Auf die entsprechenden Vorlagen und Berichte wird deshalb verwiesen. Von herausragender Bedeutung sind im Vermögenshaushalt der deutlich schnellere Verkauf von Baugrundstücken. Die dadurch entstandenen erheblichen Mehreinnahmen mussten zu einem großen Teil für die Deckung ursprünglich nicht vorgesehener Grundstücksankäufe verwendet werden. Trotz der Mehrausgaben von rd. 704.000 Euro für Grunderwerb bleibt bei einem Vergleich mit den Verkäufen noch ein positiver Saldo von 1.3 Mio. Euro. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass nicht mehr mit einer Kreditaufnahme in diesem Jahr gerechnet wird. Noch nicht kann die Frage beantwortet werden, ob am Ende des Jahres für einen Teilumfang der Kredite Haushaltseinnahmereste gebildet werden müssen. Dies hängt von der Zügigkeit und Umfassendheit der Ausführung aller im Vermögenshaushalt veranschlagten Maßnahmen ab.

Glied.	Grupp.	Bezeichnung	Hochrechnung zum 31.12. (%)	In Anspruch genommen (%)	Haushalts-soll und Rest	Anordnungs-soll und Aufträge (Stand 15.08.05)
Verwaltungshaushalt						
Einnahme						
100000	110600	Gebühren	110	68	3.252.100,00	2.205.123,96
140000	140100	Mieten und Pachten	*)	98	199.300,00	195.304,73
		Gesamt		70	3.451.400,00	2.400.428,69
Ausgabe						
400000	460000	Personalkosten	89	53	6.037.200,00	3.180.999,16
500000	500011	bauliche Unterhaltung	85	52	499.123,70	261.594,70
510000	510301	Unterh. Außenanl. ohne Straßen	95	58	550.100,00	320.066,78
		Unterhaltung Straßen	*)	78	861.300,00	669.884,30
520000	520900	Unterh./Erg. bewegl. Vermögen	112	69	124.108,00	85.867,88
540000	540700	Bewirtschaftungskosten	*)	94	1.460.301,91	1.368.483,02
636000	636000	Kosten der EDV	118	72	140.094,20	101.308,45
650000	650200	Geschäftsausgaben	108	67	100.600,00	67.061,95
651200	651200	Bücher und Zeitschriften	110	68	21.200,00	14.369,36
652000	652300	Post- und Fernmeldegebühren	113	69	78.200,00	54.183,31
653000	653000	Öffentliche Bekanntmachungen	68	42	28.900,00	12.124,42
654000	654000	Dienstreisen	75	46	26.200,00	12.106,56
		Gesamt		62	9.927.327,81	6.148.049,89

Vermögenshaushalt						
Einnahme						
340000	341000	Grundstücksverkauf	*)	180	2.514.400,00	4.522.356,36
Ausgabe						
932000	932001	Grunderwerb	*)	129	2.416.000,00	3.120.868,87
935000	935500	Neuansch. bewegl. Vermögen	90	56	422.258,49	235.028,10
940000	940018	Hochbau	*)	85	1.400.528,36	1.189.488,06
950000	950100	Tiefbau	*)	55	6.777.856,60	3.749.613,86
		Gesamt			11.016.643,45	8.294.998,89

*) Hochrechnungen hier nicht möglich

Die allgemeinen Deckungsmittel bedürfen einer besonderen Betrachtung. Nach dem o.g. Stand vom 15.08.05 wird mit einem positiven Saldo von 470.000 Euro gerechnet. Grundsätzlich erfreulich ist die sich abzeichnende Gewerbesteuerermehreinnahme. Unter Berücksichtigung der damit verbundenen höheren Gewerbesteuerumlage und dem hohen Einbruch bei der Beteiligung an der Einkommensteuer ergibt sich in diesen Punkten eine mäßige Verbesserung der Einnahmesituation. Die Verbesserung um rd. 470.000 Euro resultiert daneben zu einem großen Teil aus der nicht vorausgesehenen höheren Schlüsselzuweisung (plus 166.445 Euro) und einer dauerhaft erhöhten Einnahme bei den Grundsteuern (plus 11.509 Euro bei der Grundsteuer A und plus 49.590 Euro bei der Grundsteuer B).

Nachfolgende Tabelle gibt den Stand 15.08.05 wieder!!

Verwaltungshaushalt			2005		
Einnahmen			Ansatz	Zwischen-Ergebnis	Differenz:
9000	000000	Grundsteuer A	145.000	156.509	11.509
9000	001000	Grundsteuer B	1.900.000	1.949.590	49.590
9000	003000	Gewerbesteuer	3.789.800	4.472.043	682.243
9000	010000	Einkommensteuerbet.	3.912.400	3.725.800	-186.600
9000	012000	Umsatzsteuerbet.	330.000	321.300	-8.700
9000	021000	Vergnügungssteuer	20.000	21.399	1.399
9000	022000	Hundesteuer	51.000	52.370	1.370
9000	041000	Schlüsselzuweisungen	1.436.400	1.602.845	166.445
9000	061000	Zusch. übertr. WK	316.700	320.432	3.732
Summe			11.901.300	12.622.288	720.988
Ausgaben					
9000	810000	Gewerbesteuerumlage	990.300	1.180.075	189.775
9000	832000	Kreisumlage	4.000.000	4.061.480	61.480
Summe			4.990.300	5.241.555	251.255
Saldo			6.911.000	7.380.733	
Verbesserung				469.733	469.733

Die vorstehende Abschätzung hat sich zwischenzeitlich durch unvorhergesehene Gewerbesteuerfestsetzungen für zurückliegende Jahre in Höhe von zusätzlichen 1,97 Mio Euro, die noch vor dem 01.10.05 eingehen werden, überholt. Diese Zahlung hat gravierende Auswirkungen auf die Ausführung des Haushaltsplanes 2005 und die Haushaltsplanung 2006. Auf diese Auswirkungen wird in der Vorlage 2005/186 „Haushaltssatzung und Haushaltsplan“ im einzelnen eingegangen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Keine

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2005/186**

freigegeben am 29.08.2005

GB 1

Sachbearbeiter/in: Herr Dudek

Datum: 29.08.2005**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.09.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	04.10.2005	Kultur- und Sportausschuss
Ö	04.10.2005	Feuerschutzausschuss
Ö	10.10.2005	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	10.10.2005	Schulausschuss
Ö	14.11.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	06.02.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	21.02.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	21.02.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2006 wird zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Sach- und Rechtslage:

Der Haushaltsplan 2006 ist ausgeglichen. Der Verwaltungshaushalt enthält eine Nettoinvestitionsrate von 5.100 Euro. Im Vermögenshaushalt ist eine Gesamtkreditaufnahme in Höhe von 3.966.600 Euro (davon 3.417.500 Euro vom Kreditmarkt) vorgesehen.

Dem Verwaltungsausschuss war mitgeteilt worden, dass die endgültige Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2006 erst am 21.02.06 erfolgen wird. Eine Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses geht dem am 06.02.06 voraus. Der Terminplan wurde deshalb so festgelegt, um in der Haushaltsplanung und in der Beschlussfassung das Ergebnis des Haushaltsjahres 2005 und die Festsetzungen des Finanzausgleiches berücksichtigen zu können.

Nach dem jetzigen Stand der Haushaltsplanung sind große Unsicherheiten in den Bereichen der Einkommen- und der Gewerbesteuer und beim Finanzausgleich vorhanden. Die Veranschlagungen im Haushaltsplanentwurf berücksichtigen den Kenntnisstand von heute und beim Finanzausgleich die Überlegung, dass der Zahlungsbetrag von 2005 unter Berücksichtigung der gemeindeeigenen Entwicklungen (Einwohner, Gewerbesteuer) gehalten werden kann.

Dies allgemein vorausgeschickt, sind zu der Haushaltsplanung 2006 folgende grundsätzliche Ausführungen zu machen:

Herstellung des Haushaltsausgleichs:

Es kann festgestellt werden, dass die Mittelanmeldungen trotz des Fehlbedarfs kostenbewusst erfolgt sind. Der Ausgleich des Haushaltsplanes wurde letztlich dadurch hergestellt, dass Ausgaben reduziert oder, soweit vertretbar, als investive Maßnahme eingestuft und damit im Vermögenshaushalt veranschlagt wurden. Außerdem wurde bei der Gewerbesteuer optimistisch eine recht erfreuliche Entwicklung der Jahre 2004 und 2005 berücksichtigt.

Für das Haushaltsjahr 2003 musste ein Haushaltskonsolidierungskonzept erstellt werden, weil der Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen werden konnte. Im Ergebnis war der Haushalt des Jahres jedoch in Einnahme und Ausgaben ausgeglichen. Die Planungen für die Jahre 2004, 2005 und 2006 konnten im Verwaltungshaushalt ohne Fehlbedarf aufgestellt werden. Dies ist nicht das Ergebnis struktureller Verbesserungen, wie bei Betrachtung der Ergebnisse der Abarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes festgestellt werden kann. Einsparungen und Verzicht sind bis heute die ausschlaggebenden Faktoren zur Herstellung des Haushaltsausgleichs.

Einzelheiten:

Es macht wenig Sinn, die Einnahme- und Ausgabearten im zeitlichen Vergleich darzustellen, um sich zu einer Schlussfolgerung verleiten zu lassen, dass die Ausgaben oder Einnahmen zu hoch oder zu niedrig sind. Aus diesem Grunde wird überwiegend auf eine entsprechende Darstellung verzichtet.

Insgesamt nicht berücksichtigt wurde bislang eine Anhebung der Umsatzsteuer, weil einerseits ihre Erhöhung noch nicht feststeht und die Auswirkungen nicht abgeschätzt werden können.

Verwaltungshaushalt:

1. Bewirtschaftungskosten

Berücksichtigt wurden die absehbaren Erhöhungen bei den Energiepreisen. Bei einem jetzt veranschlagten Volumen in Höhe von 1.596.700 Euro entfallen ca. 141.000 auf Preiserhöhungen.

2. Bauliche Unterhaltung

Die Ansätze der baulichen Unterhaltung sind überwiegend gekennzeichnet durch Pflichtmaßnahmen wie vorgeschriebene Wartungen von Blitzschutz- und sonstigen Einrichtungen. Hinsichtlich der unvorhergesehenen Maßnahmen sind Pauschalen eingeplant werden, die sich an den Erfahrungswerten orientieren. Das Gesamtvolumen beträgt 597.500 Euro.

3. Unterhaltung von Außenanlagen

Ohne den Bereich „Straße“ wurden für die Unterhaltung der Außenanlagen 548.000 Euro veranschlagt, wovon 341.900 Euro an den Bauhof für die von ihnen zu verrichtenden üblichen Unterhaltungsmaßnahmen gehen. Besonderheiten gibt es hier nicht; es sind die notwendigen Arbeiten an den Außenanlagen.

Bei der Straßenunterhaltung ist ein seit zwei Jahren konstantes Ausgabenniveau vorhanden. Das Volumen beträgt rd. 850.000 Euro. Von diesem Betrag sind rd. 666.000 Euro für den Bauhof vorgesehen. Hinzu kommen im Vermögenshaushalt veranschlagte 150.000 Euro für ein noch im Einzelnen festzulegendes Bauprogramm (frühere Bezeichnung „Deckenprogramm“).

4. Personalkosten

Die Personalkosten belaufen sich auf 6.289.900; dies sind 252.700 Euro gegenüber 2005 mehr. Zur Zeit findet noch eine Überprüfung der Veranschlagung statt, da eine Änderung der Software keine exakte Vorausplanung ermöglicht. Trotzdem muss von einer Steigerung der Personalkosten aus z.B. folgenden Gründen ausgegangen werden:

Mehrausgaben entstehen aufgrund von Folgebesetzungen für fünf bewilligte Altersteilzeiten und eine Personalaufstockung (1/2 Stelle) im Bereich „Hartz IV“. Hier ist zu beachten, dass den Mehrausgaben auch Zuschüsse der Agentur für Arbeit gegenüber stehen sowie Erstattungen des Landkreises für die Stelle im Bereich „Hartz IV“ (Die geschätzten Fallzahlen für die Leistungssachbearbeitung haben sich als zu gering erwiesen).

Ausschlaggebend für ein höheres Gesamtvolumen sind weiter die vereinbarten tariflichen Einmalzahlungen, befristete Anschlussverträge für zwei Auszubildende, Folgekosten für in 2005 ausgesprochene Höhergruppierungen aufgrund von Bewährungsaufstiegen und eine Beförderung.

Stellenplan:

Der Stellenplan und die Erläuterungen dazu sind in den Anlagen 8 und 9 enthalten.

5. Allgemeine Deckungsmittel

Verwaltungshaushalt			2005		2006	Abweichung zu 2005 gegenüber	
Einnahmen			Ansatz	erwartetes Ergebnis 2005	Ansatz	Ansatz 2005	Ergebnis 2005
9000	000000	Grundsteuer A	145.000	156.509	156.000	11.000	-509
9000	001000	Grundsteuer B	1.900.000	1.949.590	1.950.000	50.000	410
9000	003000	Gewerbesteuer	3.789.800	4.472.043	4.475.000	685.200	2.957
9000	010000	Einkommensteuerbet.	3.912.400	3.725.800	3.738.000	-174.400	12.200
9000	012000	Umsatzsteuerbet.	330.000	321.300	326.900	-3.100	5.600
9000	021000	Vergnügungssteuer	20.000	21.399	21.000	1.000	-399
9000	022000	Hundesteuer	51.000	52.370	51.500	500	-870
9000	041000	Schlüsselzuweisungen	1.436.400	1.602.845	1.573.000	136.600	-29.845
9000	061000	Zusch. übertr. WK	316.700	320.432	322.100	5.400	1.668
Summe			11.901.300	12.622.288	12.613.500	712.200	-8.788
Ausgaben							
9000	810000	Gewerbesteuerumlage	990.300	1.180.075	1.232.800	242.500	52.725
9000	832000	Kreisumlage	4.000.000	4.061.480	4.001.700	1.700	-59.780
Summe			4.990.300	5.241.555	5.234.500	244.200	-7.055
Saldo			6.911.000	7.380.733	7.379.000	468.000	-1.733

Die Beteiligung an der Einkommensteuer orientiert sich an der letzten Steuerschätzung. Weitere „Unbekannte“ sind die für alle Kommunen individuellen Schlüsselzahlen, die auf die Verteilungsmasse angewendet wird. Sie wird ab 2006 für wieder insgesamt drei Jahre festgesetzt. Mit einer Verbesserung ist nicht zu rechnen, weil die Gemeinde Rastede, wie

auch Edewecht und Westerstede lt. der Statistik zu den Einkommensteuer schwachen Gemeinden des Ammerlandes zählen.

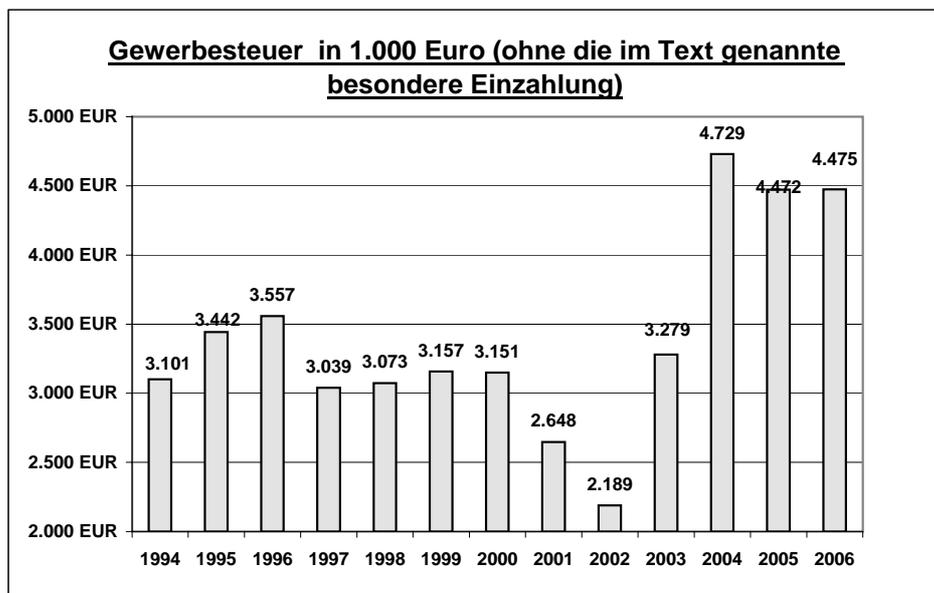
Völlig im Gegensatz dazu steht die Entwicklung der Gewerbesteuer, die jetzt im zweiten Jahr in Folge eine bisher unerreichte Höhe erzielt hat. Bei Betrachtung der dafür ausschlaggebenden Einzelfälle hält es die Verwaltung für vertretbar, wenn auch für 2006 ein entsprechendes Einnahmenvolumen veranschlagt wird. Die in der nachstehenden Grafik für 2005 genannten 4.475.000 Euro entsprechen dem Anordnungssoll von Anfang August 2005. Das aktuelle Anordnungssoll vom 29.08.05 beträgt sogar 6.448.000 Euro aufgrund einer erheblichen Festsetzung von Gewerbesteuern und Gewerbesteuervorauszahlungen für vorangegangene Jahre und aufgrund einer in 2005 wirksamen Vorauszahlung für 2006 wegen eines festgelegten „vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahres“.

Es bleibt abzuwarten, ob die hohen Gewerbesteuerzahlungen rechtlich bestehen bleiben. Werden die Einnahmen kassenwirksam, sind dies für die Gemeinde grundsätzlich äußerst erfreuliche Einzahlungen, die sich aber auf die Haushaltsplanung der kommenden Jahre gravierend auswirken. Von der Zahlung in Höhe von knapp 2 Mio. Euro bleiben der Gemeinde über den Zeitraum von zwei Jahren (2005 und 2006) bei derzeitiger Entwicklung des Finanzausgleichs rd. 156.000 Euro übrig. Die erfreuliche Einnahme verliert die Gemeinde an die Gewerbesteuerumlage und an eine wegen dieses Ereignisses (steigende Steuerkraft) sinkende Schlüsselzuweisung und Erhöhung der Kreisumlage.

Im Einzelnen: Eine hohe (Gewerbe-)Steuerzahlung wirkt sich auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen aus. Der Zeitpunkt der Wirkung ist davon abhängig, ob die Zahlung vor dem 30.09. eines Jahres eingeht oder danach. Wenn die Zahlung noch vor dem 30.09. erfolgt, wirkt sich dies auf die Schlüsselzuweisungen des folgenden Jahres aus. Sollten die Zahlungen also noch vor dem 30.09.05 eingehen, wovon nach heutigem Stand der Kenntnisse auszugehen ist, sinken die Schlüsselzuweisungen in 2006 um bis zu 950.000 Euro. Hierfür müsste ein Ausgleich bei den Veranschlagungen des Haushaltsplanes 2006 gefunden werden, weil ein 2005 im Verwaltungshaushalt entstehender Überschuss in den Vermögenshaushalt fließt und für 2006 dem Verwaltungshaushalt verloren geht. Außerdem wirkt sich die Einzahlung vor dem 30.09. auf die Höhe der Kreisumlage aus. Die Kreisumlage wird auf der Grundlage der gemeindlichen Steuerkraft und unter Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen berechnet. Weil durch die Einmalzahlung die Steuerkraft so erheblich steigt, erhöht sich auch die Kreisumlagezahlung um bis zu 540.000 Euro, die 2006 ebenfalls ausgeglichen werden muss. Insgesamt ist also in 2006 für voraussichtlich 1.490.000 Euro ein Ausgleich zu finden. Es ist kaum nachzuvollziehen, dass der Gemeinde nach dem Haushaltsrecht eine im Verwaltungshaushalt erzielte Einnahme über eine Jahreshälfte hinweg für den Verwaltungshaushalt verloren geht und dann zu erheblichen Problemen beim Haushaltsausgleich des Folgejahres führt.

Aus dem v.g. Grund besteht eine Überlegung der Verwaltung, haushaltsrechtlich in Höhe der voraussichtlichen Einnahmeverringerung des Jahres 2006 insbesondere Unterhaltungsmaßnahmen nach 2005 vorzuziehen. Soweit eine Abarbeitung der Maßnahmen nicht möglich ist, wären entsprechende Haushaltsreste zu bilden.

Soweit die entscheidenden Zahlungen erst nach dem 01.10. eingehen werden, reduzieren sich die Schlüsselzuweisungen und erhöht sich die Kreisumlage in den genannten Höhen erst 2007.



Würde die v.g. Problematik der Gewerbsteuer(nach)zahlung nicht bestehen, ergäbe sich gegenüber der Veranschlagung 2005 eine Verbesserung bei den allgemeinen Deckungsmitteln in Höhe von 468.000 Euro.

Vermögenshaushalt

1. Der Vermögenshaushalt ist gekennzeichnet durch Erschließungsmaßnahmen einschließlich des damit verbundenen Grundstückserwerbs und – verkaufs.

Es ist hinreichend zu beobachten, dass sich gerade in diesem Bereich regelmäßig Abweichungen von den Planungen ergeben. Dies liegt hauptsächlich daran, dass sich die Grundstücksvermarktung kaum mit Sicherheit planen lässt. So gesehen ist die Veranschlagung im Vermögenshaushalt regelmäßig eine Momentbetrachtung; siehe hierzu die nachfolgende Tabelle über wichtige Einnahme- und Ausgabeblöcke des Vermögenshaushaltes.

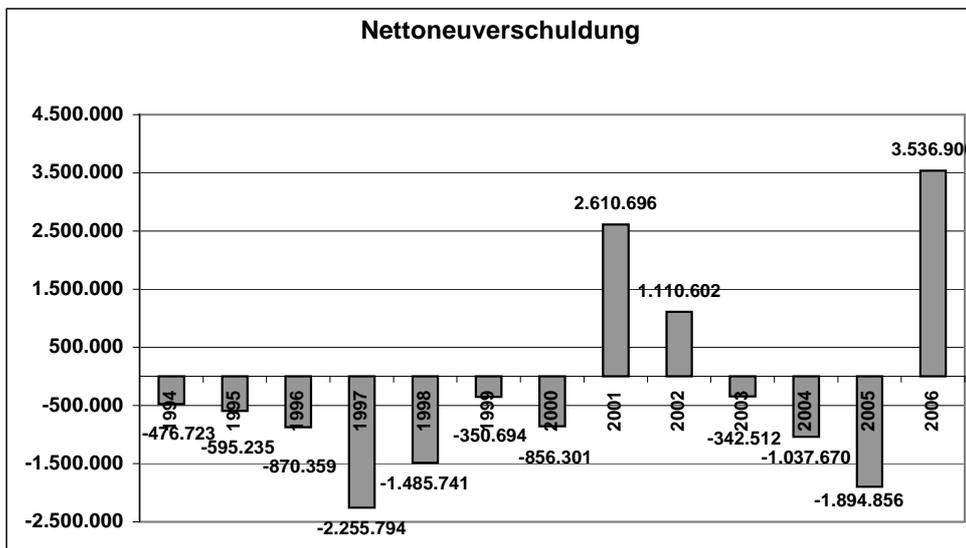
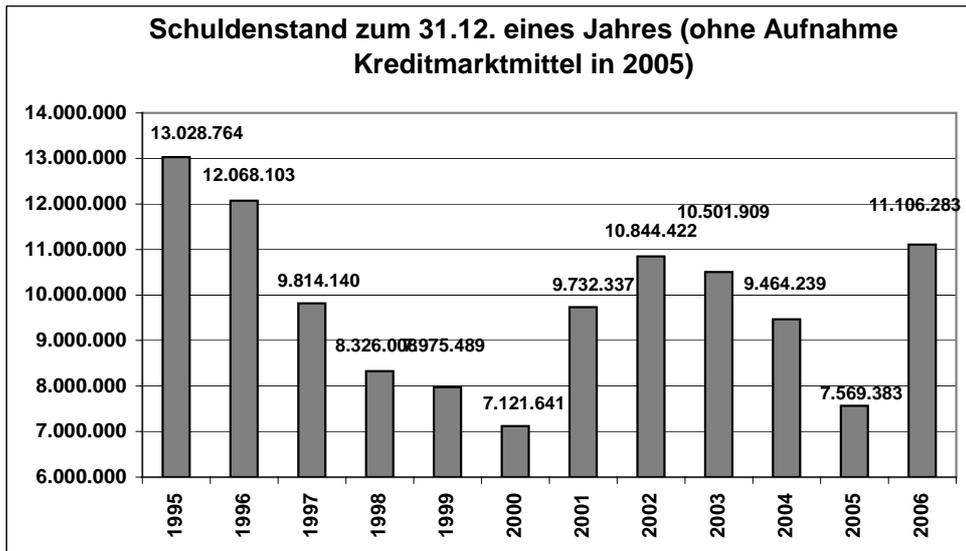
Um zu einer transparenten Haushaltsplanung zu kommen, wird die Verwaltung zu Gunsten von 2006 nur Haushaltsausgabereste bilden, wenn in 2005 noch entsprechende Aufträge erteilt wurden; eine pauschale Resteübertragung kommt nicht in Betracht. In dem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass 2005 möglicher Weise auf die Aufnahme der veranschlagten Kredite vom Kreditmarkt in Höhe von 2.177.300 Euro verzichtet werden kann. Die Ausführung der Ausgabeansätze des Vermögenshaushaltes 2005 muss natürlich noch abgewartet werden; die Bildung von Haushaltseinnahmeresten für Kredite ist nicht auszuschließen.

	2006		2005		2004
	HHPlan		HHPlan	Stand 29.08.2005	
Ausgaben					
Hochbau	1.961.000		1.213.000		1.222.932,12
Tiefbau					
- Erschließung	3.000.500,00		3.313.100,00		2.806.239,43
- Straßenausbau	948.000,00		1.137.500,00		148.392,00
Grunderwerb	2.055.300,00		2.191.500,00	3.121.784,00	1.193.306,92
Summe	6.003.800,00		6.642.100,00	6.434.884,00	4.147.938,35
Einnahmen					
Grundstücksverkauf	1.572.200,00		2.514.400,00	5.033.006,00	1.957.739,22
Saldo für Erschließung	-3.483.600,00		-2.990.200,00	-1.401.878,00	-2.041.807,13

Der sich aus der vorstehenden Tabelle ergebende Saldo für die Erschließungstätigkeit 2006 ist, (die Eigenfinanzierung des Vermögenshaushaltes beträgt 63 % von 9.256.900 Euro) gleichzeitig weitestgehend Kreditbedarf (Kreditmarkt 3.417.500 Euro). Was die geplanten und in Bau befindlichen Baumaßnahmen betrifft, wird auf die bisherigen und kommenden Einzelberatungen sowie die Sach- und Baustandsberichte hingewiesen.

2. Kredite/Schulden

Die Ausgabeveranschlagungen im Vermögenshaushalt erfordern eine Kreditaufnahme in Höhe von 3.966.600 Euro. Die sich daraus ergebende Schuldenentwicklung kann den folgenden Grafiken entnommen werden.



Nicht veranschlagte Maßnahmen:

Unter anderem für die folgenden Maßnahmen wurden in 2006 keine Haushaltsmittel veranschlagt. Soweit die Maßnahmen in das Investitionsprogramm verschoben wurden, ist in der Tabelle ein Hinweis enthalten.

Glied.	Grupp.	Anteil- budget		Text	Betrag	Bemerkung
13000	950100	1102	Feuerwehr	Neuanlage von Löschwasseranlagen	5.000,00	Vorschlag der Feuerwehr
21030	950000	2103	GS Hahn-Lehmden	Tiefbaumaßnahme; Sanierung Schulhof	10.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Fläche durch Wurzel und Frost beschädigt
21040	940007	2104	GS Wahnbek	Hochbaumaßnahme; Neueindeckung des Daches (Altbau)	60.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); altes Dach abgängig
21050	940005	2105	GS Loy	Hochbaumaßnahme; Akustikmaßnahme (3 Klassenräume)	19.500,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); schlechte Akustik in den Räumen
21050	950001	2105	GS Loy	Tiefbaumaßnahme; Schulhofsanierung	4.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Fläche durch Wurzel und Frost beschädigt
21400	935400	2201	Schule für Lernhilfe	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außer- halb Schulbudget)	5.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm) Gardinen Gymnastikhalle.
21400	940009	2201	Schule für Lernhilfe	Hochbaumaßnahme; Sanierung Toilettenanlagen	35.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm.); Trennwände und Einrichtungen veraltet
28100	935006	2301	KGS	Neuanschaffung v. bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	8.000,00	Beschilderungssystem 3000,00, Gardinen Verwaltungstrakt 5000.
28100	940013	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Einrichtung Fachraum EDV	35.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Ergebnis Bereisung Schulausschuss Juni 2005
28110	940010	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Sanierung Flure (Bereich Naturwissenschaften)	15.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm)
28110	940012	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Sanierung WC-Anlagen	40.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); alte WC Anlagen abgängig
28110	950002	2301	KGS	Tiefbaumaßnahme; Schulhofsanierung (Einbau Schwarздеcke)	30.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Fläche durch Wurzel und Frost beschädigt
36600	987003	3101	Palais	Zuw. u. Zuschüsse für Investitionen; Beleuchtung Palaisgebäude	6.000,00	Verschoben nach 2005 (Investitionsprogramm) Neuinstallation
46410	935200	4502	KiGa Voßbarg	Ersatzbeschaffung Spielgerät	7.500,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm)
		5400	Sportförderung		325.000,00	Zuschuss Schützenverein Leuchtenburg e.V. für Renovierungs- und Erweiterungsarbeiten. Vorlage VA 2005/116 Zahlungsplanung: 2006 = 24.000 Euro 2007 = 12.800 Euro 2008 = 28.200 Euro Überarbeiteter Finanzierungsplan liegt noch nicht vor angeforderte Erläuterungen zu Eigenleistungen ebenfalls nicht.

3. Investitionsprogramm

In dem Investitionsprogramm (und im Finanzplan) ist eine erhebliche Reduzierung an Investitionstätigkeit ab 2007 erkennbar. Dies liegt daran, dass nur die bekannten Investitionskosten berücksichtigt wurden. Die Verwaltung hat davon Abstand genommen, denkbare, aber in den Gremien noch nicht konkret angesprochene Maßnahmen in das Investitionsprogramm aufzunehmen.

4. Finanzplan

Der Finanzplan berücksichtigt die heutigen Erkenntnisse zukünftiger Einnahme- und Ausgabeentwicklung. Die Geschäftsbereiche waren im Rahmen der Mittelanmeldungen verpflichtet, sich über die zukünftige Einnahme- und Ausgabeentwicklung je Haushaltsstelle Gedanken zu machen. Der Finanzplan kumuliert letztlich die Ergebnisse der Mittelanmeldung für jede Haushaltsstelle.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

1. Entwurf der Haushaltssatzung 2006 (Anlage 1)
2. Finanzplan (Anlage 2)
3. Investitionsprogramm (Anlage 3)
4. Ausgabebedarf aus Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 4)
5. Regelungen und Erläuterungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes der Gemeinde Rastede, soweit sie haushaltsrechtlich bedeutsam sind. (Anlage 5)
6. Stellenplan (Anlage 6)
7. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage 7)
8. Entwurf des Haushaltsplanes 2006 (wird gesondert in Papierform zugestellt)